

Wer ist der Hecht im Karpfenteich? KPÖ, Bierpartei und eine mögliche Karas-Liste gelten derzeit als „kleine Fische“.



Die Chancen der Kleinen im Kampf der Großen

Ist Österreich zu groß für Kleinparteien? In Politik und Medien redet man seit Monaten über die Wahlchancen von ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grünen oder Neos. Doch machen sich Bierpartei, KPÖ, OK & Co. auch Hoffnung, im nächsten Nationalrat vertreten zu sein.



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität für Weiterbildung Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

1 Bis allerspätestens 17 Uhr am 58. Tag vor der Wahl müssen Parteien ihre Kandidatenlisten einreichen. Geht man von einem plangemäßen Nationalratswahltermin Ende September aus, wäre das Anfang August. Also kennt heute noch niemand den endgültigen Stimmzettel. Außenseiter haben aber gute Chancen, weil viele Wähler sich oft über alle etablierten Parteien ärgern.

2 Neben den üblichen Verdächtigen antreten werden wohl die Bierpartei mit dem früheren Präsidentschaftskandidaten Dominik Wlazny alias Marco Pogo

und als Uraltpartei die KPÖ. Diese und sonstige Kleinparteien haben freilich zuletzt nur zwischen 0,1 und 0,7 der Stimmen erhalten. Spekuliert wird zudem über eine Liste OK von Otmar Karas, der für die ÖVP im Europäischen Parlament sitzt.

3 Theoretisch könnte übrigens nur ein einziger Name auf allen Bundes-, Landes- und Wahlkreislisten einer Partei stehen. Allerdings hätte diese Partei im Erfolgsfall dann nicht mehr als einen Abgeordneten, selbst wenn ihr viele Mandate zustünden. Es braucht daher nicht bloß eine prominente Person, sondern viele

Mitstreiter in allen Bundesländern. Den Parlamentseinzugschafft man in Österreich mit mindestens vier Prozent aller gültigen Stimmen. Nach der bisherigen Wahlbeteiligung müssten rund 200.000 Wähler für eine Kleinpartei sein.

4 Ein Wahlkampf um so viele Stimmen kostet Geld. Deshalb will die Bierpartei bis April mehr als doppelt so viele Mitglieder wie Grüne und Neos haben, um mit deren Beiträgen Wahlwerbung zu betreiben. Doch sind bis zu sieben Millionen Euro an Ausgaben erlaubt, was sich keine Kleinpartei leisten kann. Während „Pro-

mis“ einer Partei ersatzweise gratis Medienpräsenz verschaffen, ist das kommunistische Problem, dass ihre Bundespolitiker keiner kennt.

5 Die größte Herausforderung für Kleinparteien wird freilich sein, dass sich in der Intensivphase des Wahlkampfs alles auf die Frage „Wer wird Erster?“ und das Koalitionsraten zuspitzt. Da stehen schnell ÖVP, SPÖ und FPÖ im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die Kleinsten drohen unterzugehen. Es wird also – um einen Sager des Bundespräsidenten zu zitieren – für sie arschknapp.